

Steuerreform auf Sand gebaut

Die Grünen werden gegen die vom Finanzminister Juncker vorgelegte Steuerreform stimmen. Das publikumswirksame Gesetz sei in seiner Art und in seinem Umfang nicht mehr zeitgemäß, so der wirtschaftspolitische Sprecher der grünen Fraktion, Fränz Bausch. Selbst Liberalisierer à la Tony Blair würden in letzter Zeit wieder von Steuererhöhungen zur "Wiederherstellung eines qualitativen Sozial- und Gesundheitswesens" reden. Dass Juncker weiter an der Steerdumping-Spirale dreht, stößt auf Unverständnis bei den Grünen. Die geplante Reform stelle die Finanzkapazität des Staates mittelfristig in Frage. Dies zu einem Moment, in dem sich bei den Infrastrukturen, im Bildungswesen und in sonstigen Bereichen ein immer stärkerer Nachholbedarf spürbar mache. Außerdem profitierten die sozial Schwachen wenig bis gar nicht von der Reform. Bei der Betriebsbesteuerung werde die Chance vertan, selektiv vorzugehen. Stattdessen werde durch die Bank die Belastung auf ein Rekordminimum reduziert. Damit wird auch jeglicher Spielraum bezüglich einer ökologischen Komponente aufgegeben. Schließlich würden die Gemeinden weit stärker vom Steuerausfall belastet als der Staat. Zumindest bei der Ausschüttung der Steuerüberschüsse, die dieses Jahr einen Rekord von 30 Milliarden LUF ausmachen, sollte auch der Gemeindefonds in angemessenem Rahmen bedacht werden, so Camille Gira: "Sonst können die Gemeinden den Anforderungen, die das enorme Wachstum an sie stellt, nicht mehr nachkommen."

Männer kein Thema

Seit Monaten befassen sich Chancengleichheits- und Justizkommission im Parlament mit Prostitution und Frauenhandel. Am Dienstag wurden die Motionen, die anlässlich einer Interpellation im Januar von LSAP und Grünen vorgelegt und dann in die zuständigen Kommissionen verwiesen worden waren, einer erneuten Prüfung unterzogen: Die Punkte, bei denen ein möglichst breiter Konsens besteht, sollen in Form einer neuen, fraktionsübergreifenden Motion der Regierung vorgelegt werden. Ein solcher Konsens fand sich insbesondere bei der Notwendigkeit eines verbesserten Opferschutzes oder der Verstärkung der Polizeikräfte. Über andere Forderungen, wie die Einführung eines Arbeitsvertrages für so genannte Artistinnen, wird noch diskutiert. Aufregung und Protest aber gab es bei einem Vorschlag, welcher die Erstellung einer soziologischen Studie über die Klienten vorsah. Dies mit dem Ziel, die entsprechende Zielgruppe mittels einer Sensibilisierungskampagne über die Abhängigkeitssituation vieler Prostituierten aufzuklären. Innerhalb der CSV-Fraktion gingen die Meinungen weit auseinander. Die DP hingegen wehrte die Motion grundsätzlich ab. Einer ihrer Vertreter bezeichnete diese Forderung gar als "Witz". Die Doppelmoral lässt grüßen.

Tadel zum Sankt Nikolaus

In eine pessimistische Zukunft blickt die Organisation "Agir contre le chômage" (ACC) angesichts einer weltweiten Rezession. Auch wenn die wirtschaftlichen Rahmendaten hierzulande noch positiv aussähen, für Arbeitslose in Luxemburg gebe es dennoch keinen Grund für Optimismus, so Sprecher Frank Jost. Seine Organisation hat nun, rechtzeitig zum Nikolaus, einen Wunschzettel an die Regierung aufgestellt. Zu den insgesamt 15 Forderungen gehören unter anderem Verbesserungen in Sachen Arbeitsrecht. Die ACC kritisiert, dass RMG-EmpfängerInnen arbeitsrechtlich noch immer nicht abgesichert sind. So würden RMG-ArbeitnehmerInnen in Beschäftigungsmaßnahmen stets zum Mindestlohn arbeiten und auch nicht, wie sonst gesetzlich vorgeschrieben, nach zwei Jahren vertraglicher Arbeit bei einem Arbeitgeber automatisch fest angestellt. Für den Fall, dass sie sonntags arbeiten, erhalten sie zudem nicht den üblichen Sonntagszuschlag.

Auch die EU wird gerügt: Mit ihrer Arbeitsmarktpolitik, Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose mit Geldern aus dem Sozialfonds zu subventionieren, fördere sie den europaweiten Trend hin zu mehr prekären Be-

LUXEMBURG VOR LAEKEN

Musterlände in der EU

Kurz vor dem EU-Gipfel in Laeken kann die Luxemburger Regierung mit ihren BürgerInnen prahlen: Laut Umfrage ist ihr Interesse an der EU besonders groß. Stimmt das wirklich?

(dw) - "Ob Broschüre, Internet-Auftritt oder Fragebogen: Die dröge, wenig einfallsreiche Aufmachung war kaum dazu geeignet, EU-gelangweilte BürgerInnen wachzurütteln." So vernichtend lautete Ende Oktober die wox-Kritik zur großangelegten Kampagne der Luxemburger Regierung und Chamber zum Thema "L'Europe, une Union pour l'avenir de tous". Ein Urteil, das wir an dieser Stelle zumindest teilweise revidieren müssen: Immerhin 9.073 EU-Interessierte ignorierten die negative wox-Prognose, füllten gewissenhaft den "drögen" Fragebogen aus und sandten ihn zur Auswertung zurück ans Außenministerium.

Genau 189.654 Exemplare des vierseitigen Bogens "Les Luxembourgeois et l'Europe" waren zuvor an alle Haushalte verschickt worden. "Wir wurden von der hohen Rücklaufquote überrascht", gab der DP-Abgeordnete Paul Helminger zu, als er am Montag im Namen der "Commission des Affaires Etrangères" der Chamber die Resultate der Umfrage im Außenministerium der Presse vorstellte. Weil die Auswertung unbedingt vor dem EU-Gipfel Mitte Dezember vorliegen sollte, wurde eilig nach potenziellen AuszählerInnen gesucht. Die Aufgabe wurde schließlich der Werbeagentur Mikado anvertraut, die ebenfalls mit der Durchführung der Kampagne beauftragt war.

Großes Fazit der Auswertung: Die Mehrheit der Befragten

scheint der Europäischen Union eher wohlwollend gesonnen zu sein. Ein Ergebnis, über das sich auch Luxemburgs Außenministerin freute. "In Luxemburg ist die Situation besser als in anderen Ländern", so Polfer am Montag vor der Presse. "Die Leute wissen, dass wir ohne die EU nicht den Wohlstand hätten, an dem wir uns alle in Luxemburg erfreuen."

Luxemburg sollte EU leiten

Dass 61 Prozent der Befragten der Meinung sind, die VertreterInnen des kleinen Luxemburgs hätten nicht genug Einfluss auf die Entscheidungen in Brüssel, kann Paul Helminger indessen gut verstehen. "Sie haben Recht", witzelte der Bürgermeister der Hauptstadt, "wir alle wissen, dass wenn Luxemburg Europa führen würde, alles besser wäre."

Ähnlich locker geht man von offizieller Seite mit der Aussagekraft der restlichen Umfrageergebnisse um. Stolz wird vorgebracht, dass 42 Prozent der Befragten die EU mit den Begriffen "Frieden und Stabilität" in Verbindung bringen oder aber die "Construction européenne" 59 Prozent zu allererst mit dem Gefühl des "Vertrauens" inspiriert. In beiden Fällen standen die am häufigsten genannten Antworten an erster Stelle der eher kurz und wenig einfallsreich ausgefallenen Liste der vorgeschlagenen Antworten. Zurecht kritisierte

ein verärgerter Bürger auf der Kampagnen-Homepage (www.avenir-europe.lu), dass wichtige Fragen, wie etwa die nach der Luxemburger Meinung zur Erweiterung der Europäischen Union, erst gar nicht gestellt würden.

In der Runde der PolitikerInnen zeigte sich am Montag lediglich der Grüne Jean Huss skeptisch: "Die Fragen sind zu einseitig gestellt", so Huss. "Es haben vermutlich nur gewisse Kreise den ausgefüllten Bogen zurückgesandt." Doch diesen Einwand will der Experte von Mikado, Jean-Luc Mines, nicht gelten lassen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Luxemburg gelte eine Gruppe von über 9.000 Menschen durchaus als repräsentativ. Auf den Einwand, dass die Auswahl der Probanden in diesem Fall jedoch nicht zufällig geschah, gibt Mines ein Beweis seiner fachlichen Kompetenz: Das Ergebnis sei umso repräsentativer, weil die "Leute von sich aus mitgemacht haben".

Wer jetzt davon ausgeht, dass die Außenministerin seine sorgfältig niedergeschriebenen Vorschläge auch ganz sicher im Gepäck nach Laeken dabei hat, muss enttäuscht werden. Tatsächlich wurden nur zwei Drittel der zahlreichen Fragebögen bearbeitet: "Vu le délai accordé pour le dépouillement, 5.979 exemplaires ont été traités", so die lapidare Erklärung auf dem Klappentext des Berichts. Umso beruhigender das Fazit: "Il s'agit donc d'un échantillon représentatif comparé au nombre total des renvois." Die Resultate der Umfrage werden noch einmal nächste Woche in der Chamber diskutiert.

**STUPEFIANTS**

La méthadone sinon rien

Le projet d'une distribution contrôlée d'héroïne aux toxicomanes à haute dépendance n'est pas pour demain. L'avant-projet de règlement sur le programme de méthadone exclut même sa mise en place.

(rw) - "Une nouvelle approche" - c'est avec ce slogan que les partis de la majorité caractérisaient, en mars dernier, la réforme sur la législation en matière de stupéfiants. Sévèrement attaqués par les partis de l'opposition pour leurs réticences en matière de dépénalisation de l'usage de cannabis, les groupes chrétien-social et démocrate soulignaient l'ouverture faite en matière de "harm reduction": locaux agréés pour l'injection de drogues et programmes de distribution contrôlée d'héroïne. A tel point qu'ils votèrent une motion présentée par le groupe des Verts et qui invitait le Gouvernement à présenter des projets concrets dans ces domaines. Une motion semblable avait d'ailleurs déjà été votée à l'unanimité en 1996.

Vide juridique

Cependant, le texte du projet de loi mentionnait seulement le mot générique de "programme de substitution", les substances de substitution - parmi lesquelles on incluait l'héroïne elle-même - devant être définies par voie d'arrêté ministériel. Avec l'avant-projet de règlement grand-ducal que le gouvernement vient de soumettre mardi, sous une forme amendée, à la commission parlementaire "stu-

péfiants", il a quelque peu modifié sa stratégie. Plus question d'un arrêté ministériel, c'est le règlement grand-ducal lui-même qui dans son article 13 définit les substances pouvant être qualifiées de substances de substitution. Démarche acceptable du point de vue démocratie, la procédure d'un règlement grand-ducal impliquant le parlement et le Conseil d'Etat, à la différence d'un arrêté ministériel.

Mais des changements notables se présentent également quant au fond. L'avant-projet ne traite en fait que des programmes de substitution par méthadone, donnant ainsi un cadre législatif à une pratique qui, depuis des années, se faisait dans un vide juridique. Si on peut saluer que ce vide va enfin être comblé, il faut cependant noter que l'article 13 ne mentionne que la méthadone, la buprénorphine et, comme exception, le sel de morphine.

Mardi, les membres de la commission se faisaient expliquer par les représentants du ministère de la Santé que par cette formulation, la distribution d'héroïne était de fait exclue. Argument: le ministère veut éviter que des médecins utilisent l'article en question pour prescrire cette substance tant qu'un programme de distri-

bution n'aura pas été élaboré. Le ministre Carlo Wagner (DP) qui, il y a un an, parlait encore de 2002 pour la mise en place d'un tel programme, envisage même 2004 dans sa réponse à une question parlementaire de la députée Lydia Mutsch (LSAP).

Projets pilotes partout

Une telle approche peut étonner: non seulement à cause de la demande du parlement exprimée à deux reprises, mais aussi parce que dans les pays qui nous entourent, de bons résultats ont été enregistrés avec de tels programmes. Si le ministère essaie de minimiser ces expériences, il est un fait que de tels projets ont été réalisés depuis les années 80 au Royaume-Uni, en Suisse, aux Pays-Bas et en Espagne. Début 2002, un projet de collaboration de six villes allemandes va entrer dans sa phase de transposition concrète. En Belgique, on est en train d'élaborer un projet.

Mais le gouvernement luxembourgeois semble pour l'instant miser essentiellement sur l'ouverture de locaux d'injection, domaine où la réalisation d'un projet est prévu selon le ministre pour le deuxième semestre de 2003. A noter que ces dates se rapprochent de plus en plus de celle des prochaines élections, ce qui n'est pas toujours propice à des projets contestables au yeux d'un public non averti.

